

PRESSE

📄 Pressemitteilung · 417/11

Rede Frank-Walter Steinmeier beim SPD-Bundesparteitag

04. Dezember 2011

Es gilt das gesprochene Wort

Ihr spürt es alle: Das ist nur auf den ersten Blick ein ganz normaler ordentlicher Parteitag, mit vielen Gästen, vielen Anträgen, mit vielen Reden und den üblichen Aufregungen, die es im Vorfeld so gibt.

Aber in Wahrheit sind die Zeiten, in denen unser Parteitag jetzt stattfindet, alles andere als normal. Alle reden von Euro-Rettung. Aber Helmut Schmidt hat es uns heute Morgen gesagt: Es geht um deutlich mehr als um Geld und Wohlstand. Mehr als ein halbes Jahrhundert europäische Integration, das steht jetzt auf dem Spiel.

Was wir zurzeit erleben, das ist eine Eruption. Sie kann ähnlich folgenreich sein wie die nach 1989: das Ende des Kalten Krieges, der Zusammenbruch des Ostblocks. Eine Eruption, die gleichzeitig aber ganz anders ist als die von 1989, viel weniger spektakulär, dafür lautloser, schleichender und bedrohlicher.

Das Komische ist: Im Alltag hier bei uns in Deutschland merkt man noch wenig davon. Die Menschen in Hannover, in Stuttgart und Schwerin bringen ihre Kinder zur Schule. Sie bringen ihre Kinder in den Kindergarten. Sie gehen zur Arbeit. Das Leben geht den gewohnten Gang. Aber was man doch spürt, liebe Genossinnen und Genossen: Unter der Oberfläche brodelt es mittlerweile auch bei uns. Die Menschen fragen sich: Wie sicher ist mein Arbeitsplatz? Wie stabil ist der Euro? Ist Europa eigentlich noch unsere Zukunft?

Hinter diesen Fragen taucht noch viel Grundsätzlicheres auf: Wie steht es eigentlich um die Zukunft der Demokratie in diesem Teil der Welt? Ist diese Demokratie stark genug, um Gier und Spekulation wirklich zu stoppen? Garantiert diese Demokratie noch Wohlstand und Arbeitsplätze?

Liebe Genossinnen und Genossen, auf all diese Fragen gibt eine schwarz-gelbe Regierung keine Antworten.

Sie lässt die Menschen allein mit ihren Fragen und Zweifeln. Frau Merkel findet weder Worte, um die Krise zu beschreiben, noch Antworten, um sie zu lösen. Stattdessen bringt sie selbst die wohlmeinendsten Nachbarn gegen uns auf die Zinne durch diese penetrante und auch noch doppelzüngige Schulmeisterei. Aber wer Lehrmeister sein will, wer andere zum Sparen auffordert, der sollte erst einmal sein eigenes Haus in Ordnung bringen.

Man kann doch nicht den Rest der Welt zum Sparen und zum Schuldenabbau auffordern und dann im eigenen Land die Neuverschuldung erhöhen! Darüber redet jetzt ganz Europa und nennt es, was es ist, liebe Genossinnen und Genossen:

Heuchelei!

Von unseren Freunden und europäischen Nachbarn hören wir auch einiges: Fragen und Aufforderungen, die sich an uns Sozialdemokraten richten. Leute, die sagen, Europa braucht ein starkes, aber doch bitte ein europäisches Deutschland. Wir brauchen eine politische Kraft in Deutschland, die vorangeht, die einem verunsicherten Europa wieder Hoffnung und Richtung gibt. Am häufigsten habe ich von unseren europäischen Nachbarn die Aufforderung gehört: Auf euch deutsche Sozialdemokraten kommt es an. Wir zählen auf euch.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen: Ich will, dass von diesem Parteitag eine klare Botschaft an unsere Freunde in Frankreich, in Polen, in Spanien, in Griechenland und überall in Europa ausgeht. Diese Botschaft muss lauten: Auf die Sozialdemokratie in Deutschland ist Verlass. Wir sind die deutsche Europapartei, liebe Genossinnen und Genossen.

Lieber Francois Hollande in Frankreich, lieber Werner Faymann in Österreich, lieber Jean Asselborn in Luxemburg, lieber Bohuslav Sobotka hier im Saal, und ihr stellvertretend für all die anderen: Europa gehört nicht den Konservativen, nicht den Märkten und nicht den Experten! Europa gehört den Menschen, die an eine gemeinsame Zukunft glauben, frei von Furcht und Hass. Wir wollen mit euch dieses gemeinsame Europa, dieses solidarische Europa bauen. Das ist unsere große gemeinsame Aufgabe. Dafür lasst uns gemeinsam arbeiten.

Lieber Martin Schulz, du übernimmst das Amt des Präsidenten des Europäischen Parlaments in einer wirklichen Schicksalsstunde Europas. Das ist für keinen leicht. Aber wir wissen in diesem Saal: Du bist der beste Anwalt Europas, und nicht nur das, du bist der Anwalt eines sozialen Europas. Aber vor allem, bald bist du das Gesicht der ganzen europäischen Sozialdemokratie. Ich sage dir: Auf uns hier kannst du alle zählen. Wir brauchen dich auf dem europäischen Parkett. Auch wenn die Zeiten schwerer werden, diese SPD wird hinter dir stehen.

Liebe Freunde, „Nichts kommt von selbst, und wenig ist von Dauer.“ Ein großer Satz von Willy Brandt, den ihr alle kennt. Gemeint hat er damals Freiheit und Demokratie, auch wenn sie erkämpft, glaubt nicht, dass sie für ewig gesichert sind. Beides bleibt nicht, nicht die Demokratie und nicht die Freiheit, wenn sie nicht im Heute gelebt und verteidigt werden. Ich bin mir sicher, heute würde Willy Brandt dasselbe über Europa sagen. Er würde sagen: Das bleibt nicht, wenn nationale Engstirnigkeit und Egoismus wieder um sich greifen. Heute würde er uns anschauen und mit ruhiger Stimme in diesem Saal sagen: Geht sorgsam um mit Europa. Liebe Genossinnen und Genossen, genau das wollen wir tun und hier auf dem Parteitag miteinander zeigen.

Viele sagen heute, Europa braucht eine neue Erzählung. So wahr das ist, was heißt das eigentlich? Heißt das, dass die alte Erzählung aufgebraucht, heißt das, dass sie erledigt ist? Ist unser Gedächtnis wirklich so kurz? Ich finde, manchmal tun wir so, als seien wir Fernsehzuschauer, die bei der 72. Wiederholung von „Frühstück bei Tiffany“ einfach wegzappen. Wir sind aber keine Zuschauer, wir dürfen uns nicht gelangweilt abwenden. Europa ist unsere Geschichte. Nicht irgendjemand, sondern wir entscheiden, wie diese Geschichte weitergeht.

Aber was sagt sie uns, diese Geschichte, heute? Jeder hat da so seine eigenen Zugänge. Peer spricht immer von den Gefallenentafeln in den Kirchen, die ihn beeindruckt haben. Mir selbst hat sich etwas anderes eingebrannt, an das ich immer denke. Ein Gespräch mit Jean-Claude Juncker, ein Satz, vielleicht sogar nur ein Nebensatz, gefallen am Rande einer der viel zu vielen europäischen Krisen in einer Situation, als nichts mehr weiterging nach Mitternacht, wenn dann der Ärger über die störrischen Nachbarn steigt und man den Sinn des Ganzen in Frage stellt. Da sagte Juncker so ganz nebenbei: Weißt du, Frank, wenn dich jemand nach dem Grund oder

dem Sinn für Europa fragt, nimm ihn an die Hand und gehe mit ihm über eine halbe Stunde über einen europäischen Soldatenfriedhof! Ich habe das übrigens gemacht, liebe Genossinnen und Genossen, und mehr als einmal. Da sind Abertausende von Kreuzen, die daran erinnern: Europa war die Antwort - Helmut Schmidt hat es heute Morgen gesagt - auf Jahrhunderte von Krieg und Bürgerkrieg in Europa, die Antwort auf mehr als 60 Millionen Opfer alleine im Zweiten Weltkrieg. Die Losung „Nie wieder Krieg!“ war die Antwort auf erlebtes Grauen. Unsere politischen Väter und Mütter kannten den Abgrund, aus dem Europa entstanden ist. Sie waren es, die sich am Ende die Hand gereicht haben über den Gräbern von Millionen von Ermordeten, zu Tode Gefolterten und Gefallenen hinweg.

Nun werdet ihr vielleicht sagen: Kennen wir, haben wir schon einmal gehört. - Ich antworte darauf: Mag ja sein, bekannt ist das, aber es ist eben nicht erledigt! Denn worüber ich rede, das sind keine Seiten aus irgendeinem Geschichtsbuch, das ist keine erledigte und erst recht keine alte Erzählung. Nein, worüber ich rede, liebe Genossinnen und Genossen - das müssen wir spüren -, ist das Fundament, auf dem wir alle stehen. Ich rede über dieses Fundament, weil uns heute gewiss sein muss, welche Werte auf dem Spiel stehen und was es in diesen Tagen zu verteidigen gilt. Das muss uns bewusst sein, liebe Genossinnen und Genossen.

Als Helmut Schmidt heute Morgen redete, ist mir klar geworden, was das eigentlich heißt, wenn ich in der zweiten Hälfte der Fünfziger, in der ich mittlerweile bin, von mir sagen kann: Ich bin ein Nachkriegskind. - Wisst ihr, was das heißt? Wir sind die erste Generation in Europa, die ein ganzes Leben lang nur Frieden und keinen Krieg erlebt.

Ich bin geboren im Jahr vor dem Zusammenschluss der europäischen Länder zur EWG. Ich habe in meiner Jugend gesehen, wie Schlagbäume gefallen sind und Grenzen mehr und mehr durchlässig wurden. Ich habe profitiert, meine Generation hat davon profitiert, dass mit und durch Europa bescheidender Wohlstand schon gut ein Jahrzehnt nach Kriegsende wieder in unser Land einzog. Meine Generation ist es, für die Harz und Schwarzwald schöne Mittelgebirge geblieben sind, für die der Horizont aber weiter geworden ist. Europa war unsere Welt wenigstens in den Sommerferien. Als Junge der deutschen Provinz habe ich dann an der Universität erlebt, wie sehr Europa Herz und Hirn öffnet, wie mir im akademischen Austausch plötzlich ganz neue Räume aufgeschlossen wurden. Ich habe die Wiedervereinigung Deutschlands erlebt, die es ohne Europa nicht gegeben hätte, dazu die Erweiterung Europas nach Polen, Tschechien und anderen osteuropäischen Staaten, die Versöhnung des Kontinents gut 45 Jahre nach Kriegsende.

Was ich euch damit sagen will: Europa ist ein Geschenk, von dem wir täglich zehren. Ohne das würde unser aller Leben anders, weniger glücklich, verlaufen sein. Da bin ich mir sicher. Deshalb ist das eben keine alte Erzählung aus uralten Zeiten. Im Gegenteil: Diese Erzählung gilt, und sie ist Vermächtnis und Verpflichtung für die SPD zugleich. Verpflichtung, liebe Genossinnen und Genossen, nicht einfach aufzugeben, was uns überantwortet ist, uns zu wehren, wenn in Europa Freiheit und Demokratie bedroht werden, wenn sie drohen unter die Räder zu kommen.

Liebe Genossinnen und Genossen, genau das ist Aufgabe der Sozialdemokratie in ganz Europa und erst recht Aufgabe der SPD.

Und, liebe Genossinnen und Genossen: Lasst uns diese Verantwortung auch in der Zukunft annehmen!

Tun wir jetzt doch bitte nicht so, als sei dies alles kein Thema mehr in diesen Zeiten der Finanzkrise! Ich sage: Im Gegenteil sogar, jetzt zeigt sich doch, wie viel dumper Nationalismus noch unterwegs ist. Ich rede gar nicht von den grausamen Taten in Utoya. Ich rede noch gar nicht von dem mörderischen rechten Terror hier in Deutschland. Worüber ich rede, sind ganz besorgniserregende, schlimme

Grundströmungen in den europäischen Bevölkerungen. Schaut euch doch nur die jüngsten Wahlergebnisse in der europäischen Nachbarschaft an! Überall in den europäischen Parlamenten gewinnen die Kräfte von Chauvinismus, von Populismus an Boden. Denkt an Geert Wilders in den Niederlanden! Denkt an die „Wahren Finnen“! Denkt an die ungarischen Jobbik-Nationalisten, die in schwarzer Uniform durch Budapest marschieren! Das für sich ist schlimm genug. Was mich noch mehr besorgt: Wir finden nicht die Kraft, das zu einem wirklichen Thema in Europa zu machen. Wir lassen es gewähren und mischen uns nicht ein.

Wir mischen uns nicht genügend ein, aber wir müssen uns einmischen, wenn Demokratie selbst unter Druck gerät. Dabei rede ich nicht nur über andere und nicht nur über die Nachbarschaft. Wenn man genau hinschaut, dann gibt es auch einen neuen Ton bei uns im Lande, einen Ton, der antieuropäische Untertöne aufweist. Das macht sich doch bis in die politische Mitte dieser Gesellschaft breit. Die FDP hält doch in Wahrheit ihre national-konservativen Tendenzen nur noch mit Mühe unter Kontrolle. Die CSU und Herr Dobrindt lassen keine Gelegenheit aus, dumpfe Ressentiments gegen Europa und angeblich faule Südeuropäer zu schüren. Und jetzt versucht sogar die CDU, auch noch ein wenig abzufischen, wenn Kauder im schnarrenden Casino-Ton erklärt „In Europa spricht man jetzt deutsch“. Das genau ist das Problem, das Helmut Schmidt heute Morgen angesprochen hat!

Deshalb dürfen wir uns doch nicht wundern, dass die ganze europäische Nachbarschaft in Sorge ist und schaut, ob da wieder neuer Größenwahn in unserem Lande entsteht. Ich hätte von Frau Merkel ein Wort der Distanzierung, ein Wort der Zurechtweisung erwartet. Ich sage nur: Wenn man solche Entgleisungen wie die von Kauder durchgehen lässt, dann sagt das über die Haltung dieser Regierung mehr als 1.000 nichtssagende Regierungserklärungen.

Ich bin jedenfalls stolz auf meine Partei. Ich bin stolz, dass wir uns allen Schwierigkeiten stellen, aber dass es solche Töne bei uns nicht gibt. Nicht Chauvinismus, nicht antieuropäischer Populismus - das hat bei uns keinen Platz. Das ist in diesen Zeiten verdammt noch einmal nicht selbstverständlich und liegt an unserer eigenen Geschichte, in der wir leidvoll erfahren haben, wohin nationalistischer Ungeist führt. Wir werden uns weiter gegen ihn wehren, auch und zuallererst im eigenen Land. Für mich ist es immer noch unfassbar, dass hier eine rechtsradikale Mörderbande über zehn Jahre durch das Land zieht, Menschen hinrichtet, die zu uns gehören. Wir sind es den Opfern und ihren Angehörigen schuldig, dass das schonungslos aufgeklärt wird.

Und wir sind es uns schuldig, dass der braune Sumpf ausgetrocknet wird!

Ihr seht: Die alte Erzählung von Europa ist eben nicht erledigt! Sie verpflichtet uns weiter und sie ist immer noch wahr und überzeugend. Aber wenn ich an meine eigene Tochter denke, an all diejenigen, die später geboren sind, dann weiß ich auch: Diese Geschichte reicht ihnen nicht! Deshalb müssen wir ihr ein neues Kapitel hinzufügen, eines, in dem es um die Rolle Europas in einer völlig veränderten Welt geht. Diese Aufgabe ist nicht neu. Wir haben auch schon vor Jahren nach Antworten gesucht. Was uns eingefallen ist, war zu wolkig und zu nichtssagend für diese neue Erzählung Europas. Leider ist es seit wenigen Tagen nicht einfacher geworden, diese neue Erzählung Europas zu entwerfen. Ich weiß nicht, ob es allen von euch aufgefallen ist: Vor wenigen Tagen hat Barack Obama am abgelegenen Ende der Welt, in der australischen Hauptstadt Canberra, eine Rede gehalten. Weniger eine Rede als viel mehr eine Wegweisung. Ich bin mir sicher, wir werden diese Rede in einigen Jahren historisch nennen. Sie ist so etwas wie das Gegenstück der Rede von Kennedy hier in Berlin, die Worte vom Schöneberger Rathaus - wir kennen sie alle - „Ich bin ein Berliner“. Das sind vier Worte, die oft genug verballhornt worden sind. Aber das war die kürzeste, emotionalste Formel für die ganze Dimension einer stabilen transatlantischen Partnerschaft über Jahrzehnte. Ich bin sicher: Auch die Worte von Barack Obama, gesprochen vor wenigen Tagen im australischen Parlament, werden in einigen Jahren

noch in Erinnerung bleiben. Hört genau zu! Er sagt: „Die Vereinigten Staaten sind eine pazifische Macht, und wir sind hier um hier zu bleiben.“ Liebe Genossinnen und Genossen, auch das muss auf einem Parteitag möglich sein zu sagen: Das ist der Satz, der die veränderte Interessenlage Amerikas offen ausspricht. Wir sollten diesen Satz nicht mit Bitterkeit und Enttäuschung begleiten. Aber Obama hat mit diesem Satz das transatlantische Verhältnis in der bisherigen Form, sozusagen als Solitär in den auswärtigen Beziehungen der Vereinigten Staaten, für überholt erklärt. Wir müssen feststellen: Europa steht jetzt auch in der offiziellen Regierungssprache in den USA nicht mehr im Zentrum der Interessen.

Warum sage ich das? Das ist keine Geschichtserzählung, sondern ich sage: Jetzt spätestens heißt es aufzuwachen! Wir haben als Europäer über lange Zeit, zu lange, wie ich finde, in einer Scheinrealität gelebt, in nostalgischer Erinnerung an unsere frühere Wichtigkeit. Und wir haben übersehen oder unterschätzt, was sich anderswo tut, in Asien und Lateinamerika. Wir werden nicht unwichtig, aber wir werden weniger bedeutend sein.

Das ist die Voraussetzung dafür, dass ich sage: Wenn wir dennoch Einfluss nehmen wollen, zum Beispiel bei den Regeln für Klima oder bei den Regeln für die Finanzmärkte oder für den Handel, glaubt ihr, die anderen rufen in Zukunft immer noch alle 27 von uns einzeln in Europa an? Die Antwort auf diese Frage ist einfach: Entweder haben wir dann eine gemeinsame Meinung in Europa oder wir haben keine und fallen hinten runter.

Eines ist klar in dieser neuen Weltordnung: 27 Einzelmeinungen werden in wenigen Jahren im großen Weltrauschen einfach untergehen, nicht mehr wahrgenommen werden. Das können wir nicht wollen - unseretwegen nicht und weil wir Verantwortung über unseren Kontinent hinaus tragen. Ich sage immer: Der europäische Traum einer friedlichen und gerechten Gesellschaft ist eben nicht nur der Traum der Europäer, sondern viele andere Menschen überall auf der Welt träumen ihn mit.

Sie wollen, dass wir ihn verwirklichen - hier in Europa - als Vorbild für viele andere. Das ist unsere Aufgabe. Auch deshalb dürfen wir jetzt den Kopf nicht einziehen, und darum müssen wir weiterkämpfen, gerade auch, wenn es schwierig wird, gerade wir.

So, Freunde, viele werden jetzt sagen: Gut, soweit folge ich dir. Ich weiß, dass Europa wichtig ist - für uns, für die Welt von morgen -, und ich glaube auch, dass es kein Zurück in die alte Welt der Nationalstaaten von früher gibt. – Der eine oder andere wird auch sagen: Ich frage dich - Europa brennt, das hast du selbst gesagt - : Was ist jetzt zu tun? Wie kommen wir raus aus der Krise? Meine erste Antwort darauf lautet: Jedenfalls nicht so wie Frau Merkel.

Und das sage ich nicht, weil ich Oppositionsführer bin, sondern weil mich die Art und Weise, wie diese Truppe seit zwei Jahren agiert, wirklich auf das Tiefste empört.

Ich will jetzt gar nicht in die Einzelheiten gehen; ich habe das an anderer Stelle oft genug erwähnt. Ich will auch nicht über diese Haltungslosigkeit reden, die ich darin sehe. Wenn man sich in Brüssel, wenn die Kameras laufen, als große Europäerin gibt, und wenn man dann anderenorts, tief im Sauerland, wenn man glaubt, keine Kamera und kein Mikrofon sind dabei, über faule Südländer schimpft: Das geht nicht. Das ist keine Haltung.

Ich will auch nicht über das ständige Macht- und Koalitionskalkül reden. Liebe Genossinnen und Genossen, schaut einmal auf die letzten 18 Monate der Krise in Europa zurück. Da ist doch nichts entschieden worden, was entweder europäisch oder ökonomisch notwendig war, sondern entschieden worden ist immer nur das, was mit dieser dahinsiechenden FDP in der Koalition gerade noch über die Rampe ging, und

das ist zu wenig, liebe Genossinnen und Genossen.

Ich will auch gar nicht über die Halbwertzeiten von Botschaften dieser Regierung reden. Das haben wir an anderer Stelle auch getan. Versprechen, rote Linien, unumstößliche Tabus: alles, was nach drei Monaten von dieser Regierung, von Merkel, immer wieder eingesammelt worden ist. Daran verzweifeln doch die Menschen im Grunde genommen. Nur eine Geschichte – zu all den anderen Sachen will ich nichts erzählen - muss ich erzählen, weil das das dreisteste Stück ist, was je auf der Bühne der europäischen Politik tatsächlich gespielt worden ist.

Jetzt, nachdem die Europäer immer tiefer in die Krise rutschen und Italien, Spanien und Frankreich – alle - zu kämpfen haben, da hat Frau Merkel eine neue Zauberformel parat. Diese Zauberformel heißt: Vertragsänderung.

Ich habe gar nichts dagegen, dass man über die Zukunft der Verträge nachdenkt. Natürlich muss man das in einer solchen Situation. Ich habe nur etwas dagegen, wenn man unter dieser Überschrift so tut, als sei ausgerechnet diese Regierung diejenige, die andere Mores zu lehren hätte, und als wäre ausgerechnet diese Regierung diejenige, die so etwas wie automatische Sanktionen bei der Verletzung von Haushaltsdisziplin erfunden hätte.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich weiß nicht, ob ihr euch erinnert: Die Wahrheit ist eine ganz andere. Vor mehr als einem Jahr, im September vergangenen Jahres, 2010, lag ein Vorschlag der Kommission, präsentiert von Kommissionspräsident Barroso, auf dem Tisch. Und was stand da wohl drin? Genau! Da stand drin: Automatische Sanktionen für Defizitsünder. Die wollte die Europäische Kommission einführen. Man mag davon ja halten, was man will, aber damals war die Krise eben gerade erst ein halbes Jahr alt. Damals wäre diese Regel vielleicht gerade noch rechtzeitig gekommen. Damals hätte man die Erosion von Vertrauen in die Europäer noch stoppen können.

Und jetzt fragt euch bitte: Was hat die deutsche Bundeskanzlerin wohl in dieser Situation getan? Hat sie ihren Freund Barroso unterstützt vor einem Jahr, endlich mehr Haushaltsdisziplin in Europa durchzusetzen? Die Antwort ist Nein. Sie hat ihn nicht unterstützt, sondern sie hat sich mit Präsident Sarkozy am Strand von Deauville getroffen. Eine Stunde später war die Kommission düpiert und der Vorschlag im Handstreich beseitigt. Automatische Sanktionen wollen wir nicht: Das war die Weisheit von Deauville. Heute, ein Jahr später, nachdem alle Glaubwürdigkeit ruiniert ist, ist dann auf einmal das Gegenteil richtig. Was soll man davon eigentlich halten? Da ist keine Spur von Überzeugung. Was gestern noch ehernes Gesetz war, wird heute in die Tonne getreten. So kann man vielleicht in einer Koalition herumfuhrwerken, in der es keine Selbstachtung mehr gibt, aber so kann man nicht gegenüber einem Parlament und einer politischen Öffentlichkeit handeln. Das schadet dem Ansehen der Demokratie.

Es fehlt aus meiner Sicht auch an Ehrlichkeit. Da wird von Merkel seit anderthalb Jahren gebetsmühlenartig wiederholt, sie sei gegen die Vergemeinschaftung von Schulden. Das kann man ja sagen. Aber schaut man genau hin, dann haben doch Merkel und Sarkozy das Schwungrad erst richtig in Gang gebracht. Als die europäischen Regierungen mitten in der Krise wegtauchten und die Krise sich weiterfraß, da gab es doch nur einen einzigen europäischen Akteur, der funktionierte, und das war die Europäische Zentralbank. Wer denn sonst? Die hat Tag für Tag Feuerwehr gespielt - vielleicht rechtlich in einer Grauzone. Aber weil keine Kommission, kein Europäischer Rat, weil niemand auf der Brücke zu sehen war, musste diese Europäische Zentralbank doch handeln, und ich vermute, sie war es, die die Kernschmelze der Währungsunion bisher verhindert hat. Deshalb war das richtig, liebe Genossinnen und Genossen.

Aber die Folge davon ist: Sie haben jetzt gut 200 Milliarden Euro in ihrer Bilanz, und sie werden auch noch die 300 Milliarden Euro erreichen. Ich frage nur: Was ist denn das, um Gottes Willen, anderes als eine Vergemeinschaftung von Schulden, die die Kanzlerin doch angeblich täglich verhindert? Mit solchen Sätzen wird die ganze deutsche Öffentlichkeit hinter die Fichte geführt. Und wer, bitte, soll dann eigentlich noch der Politik vertrauen? Das schadet der Glaubwürdigkeit nicht nur der Regierung, sondern der Politik insgesamt, und deshalb ist das schädlich, liebe Genossinnen und Genossen.

Ihr habt es gehört: Ich bin der Letzte, der die Rolle der EZB – ich komme jetzt langsam auf die Inhalte des Antrages zu sprechen in der Krise kritisiert. Wir müssen das ausgiebig miteinander diskutieren; das ist wichtig.

Wir müssen die Rolle der EZB miteinander diskutieren, und ich kenne die Haltung vieler in meiner Fraktion. Ich vermute, auch hier im Saale sind einige dabei. Die sagen dann: Die Lösung liegt darin, dass wir der EZB die Kompetenzen geben, die auch andere Notenbanken außerhalb haben. Ich sage euch offen: Ich persönlich zweifle etwas, ob wir aus dieser unverzichtbaren Nothilfe, die die EZB in den letzten zurückliegenden anderthalb Jahren geleistet hat – die war notwendig -, wirklich den Königsweg für die Finanzpolitik in Europa machen sollten. Alle, die hier sagen: Macht endlich aus der altmodischen EZB eine moderne Notenbank, macht sie zur Federal Reserve, denen sage ich: Schaut doch vielleicht zunächst einmal, bevor ihr die Empfehlung so überzeugend findet, auf die Unterschiede.

Die amerikanische Federal Reserve, die schweizer, die britische Notenbank sind allesamt zuständig für ein homogenes Währungsgebiet. Die EZB ist eine Zentralbank für 17 Mitglieder der Währungsunion – alle selbstständig, alle mit einer eigenen Regierung, alle mit einem eigenen Parlament und vor allen Dingen mit national ganz unterschiedlichen Sensibilitäten in der Geldpolitik.

Deshalb habe ich Zweifel, ob die Übertragung von Modellen anderer Länder nach Europa wirklich so geht, wie sich das einige vorstellen. Wenn ich von diesen Zweifeln rede, dann habe ich noch gar nicht darüber geredet, ob die Politik der Federal Reserve in den USA eigentlich langfristig erfolgversprechend ist. Ich könnte es auch anders und deutlicher sagen: Dass wir in Europa zurzeit in der Grütze sitzen mit unserer europäischen Finanzpolitik, beweist ja noch nicht, dass die völlige Außerachtlassung von Schuldengrenzen in den USA funktioniert. Ich befürchte, dort ist das Desaster nur vertagt. Ich befürchte, es wird auch da kommen.

Ganz nebenbei: Wenn wir darüber reden, sollten wir bei alledem auch bedenken, was eigentlich die Verselbstständigung einer politisch so aufgeladenen EZB mit der Demokratie macht. Wenn man genau hinschaut, dann ist die Zentralbank im Grunde genommen doch schon jetzt so etwas wie eine informelle Wirtschaftsregierung in Europa. Da entscheiden Experten der Bank, ob Staatsanleihen gekauft werden, und bestimmen so das Schicksal von Regierungen. Mitten in der Krise, wenn die Vergemeinschaftung von Schulden unumgänglich wird, geht der Weg - wir haben das gesehen - über die EZB, aber ohne Öffentlichkeit und ohne demokratische Kontrolle. Das sollten wir im Sinn haben, bevor wir leichtfertige Empfehlungen geben: Demokratie, demokratische Kontrolle ist das jedenfalls nicht. Das muss uns bewusst sein.

Aber ich finde, über all diese Argumente kann man streiten. Nicht streiten kann man jedoch über eine Haltung dieser Bundesregierung, die so tut, als sei sie eigentlich gegen eine Politik der Europäischen Zentralbank, aber insgeheim darauf hofft, dass sie doch fortgesetzt wird. Ich sage immer: In den hellen Tagesstunden sagt Frau Merkel, dass sie das mit der EZB und ihrer Geldpolitik alles höchst problematisch findet. Aber in den dunklen Abendstunden betet sie, dass die EZB doch bitte weitermacht. Denn sonst müsste man in dieser Koalition Entscheidungen treffen, die sie zu treffen nicht in

der Lage ist. Das ist die Wahrheit, liebe Genossinnen und Genossen.

Europa steht am Scheideweg. Aber an dieser Weggabelung stehen Menschen nicht zum ersten Mal. Es gab einmal eine Gruppe von Staaten, die nicht nur eine Krise, sondern einen blutigen Bürgerkrieg hinter sich hatte. Dieser wurde gewonnen, aber die Staaten waren hoffnungslos verschuldet, und jeder für sich stand vor dem Ruin. Es gab auch damals Stimmen, die sagten „Soll doch jeder sehen, wie er mit dem Schlamassel fertig wird“, während andere - Klügere, wie ich finde -, sagten: Das Problem muss unser gemeinsames Problem sein, und nur wenn wir es gemeinsam lösen, wird nach dem Krieg auch der Frieden zu gewinnen sein. Damals haben sich die Klügeren durchgesetzt, und es begann eine Erfolgsgeschichte, die bis heute nicht zu Ende ist. Die Staaten hießen Virginia, New Jersey, Vermont, North Carolina - dreizehn waren es insgesamt. Die Solidarität in der Not, das war der Anfang der Vereinigten Staaten von Amerika. Das zeigt uns, dass es doch immer zwei Wege aus der Krise gibt. Wir dürfen aber nicht den falschen nehmen, liebe Genossinnen und Genossen.

Was lehrt uns diese Geschichte? Wir können sagen „Schotten runter, Portemonnaie geschlossen, seht zu, wie jeder für sich klarkommt!“, oder wir können unseren Weg gehen und sagen: Diese Krise muss ein Signal für einen Neuaufbruch sein. Erlaubt mir - ich weiß, ihr traut es mir nicht zu - etwas Pathos: Den Bund, den unsere Mütter und Väter nach dem Grauen des Krieges geschlossen haben, den müssen wir jetzt in der Stunde der wirtschaftlichen Not erneuern und befestigen. Genau das ist die Aufgabe der nächsten Jahre. Das alte Europa reicht ohne Zweifel nicht mehr aus. Wir brauchen ein starkes Bündnis zur Erneuerung Europas, ein gegenseitiges Versprechen, wie wir diese Krise gemeinsam durchstehen - verbindlich, verlässlich. So kann neues Vertrauen entstehen. Dieses „Bündnis zur Erneuerung Europas“ muss ein Aufbruchssignal sein, dass spätestens jetzt alle den Ernst der Lage verstanden haben und dass jeder weiß: Keiner schafft das allein. Alle müssen über ihren Schatten springen.

Manches müssen wir sofort tun - das hat Helmut Schmidt heute völlig überzeugend dargelegt -, anderes wird Jahre dauern, bis aus der Baustelle ein neues Gebäude wird. Aber entscheidend ist, dass wir jetzt einen klaren Willen und einen Bauplan haben.

Sieben mutige Schritte, sieben europäische Übereinkünfte und Verpflichtungen, bilden aus meiner Sicht das erneuerte Bündnis, den europäischen Bund, den wir jetzt brauchen.

Wir brauchen ein gemeinsames klares Bekenntnis zur europäischen Solidarität. Klar muss auch das Prinzip bleiben: Wem geholfen wird, der kommt an eigener Anstrengung nicht vorbei. Aber entscheidend ist, dass wir sagen: Wir europäischen Völker lassen uns von den Märkten nicht auseinandertreiben. Einer für alle, alle für einen.

Aber wir dürfen eben auch nicht in Überschriften stecken bleiben. Deshalb muss ich euch um Nachsicht bitten, wenn ich etwas ins Konkrete muss. Das ist gleichzeitig die Begründung für den Initiativantrag, den ihr mittlerweile auch auf dem Tisch haben müsst.

Als erster von diesen Schritten müssen die Staats- und Regierungschefs erklären, dass sie der Spekulation mit allen Mitteln entgegentreten werden, dass sie bereit sind, den vorläufigen Rettungsschirm effektiv zu nutzen, notfalls aufzustocken, und dass sie dann den permanenten Stabilitätsmechanismus, ESM genannt, zeitlich so weit wie möglich nach vorne ziehen. Dieser ESM muss der Nukleus eines Europäischen Währungsfonds werden; den brauchen wir nämlich.

Wir brauchen zweitens ein umfassendes europäisches Aufbauprogramm - auch darauf

hat Helmut Schmidt hingewiesen -, weil wir schon jetzt den Kampf gegen die drohende Rezession aufnehmen müssen. Wenn Europa jetzt nicht handelt, dann wird das die gesamte Weltwirtschaft in den Abwärtsstrudel ziehen. Und das heißt: Investitionen in die Realwirtschaft müssen Vorrang haben. Wir brauchen eine neue europäische Industriepolitik. Und wir sagen auch ganz klar: Der Weg der reinen Finanzökonomie der zurückliegenden Jahre, der Weg der Entkopplung der Finanzmärkte von der Realwirtschaft - das war ein Fehler. Europa muss sich auf seine Stärken besinnen, auf ein nachhaltiges Wachstumsmodell, eines, das Ressourcen schont, Innovationen schafft und hochwertige Arbeitsplätze erhält, die wir in dieser Region brauchen.

Und wir brauchen drittens eine große gemeinsame Anstrengung zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit. Wenn in Spanien 40 Prozent, wenn in Süditalien die Hälfte der Jugendlichen arbeitslos sind, dann ist das nichts anderes als eine Schande für Europa. Das zerreißt Gesellschaften, es zerstört jedes eigene Leben aus eigener Kraft.

Wenn wir aber beides hinkriegen wollen, dann gibt es das nicht „for free“, sondern dann brauchen wir dazu auch finanzielle Ressourcen. Woher sollen die denn kommen? Sollen wir wieder mit dem Hut durch die Hauptstädte gehen? Ich sage euch, das wird nicht funktionieren. Deshalb brauchen wir - daran geht kein Weg vorbei - endlich die Besteuerung der Finanzmärkte.

Eigentlich sind wir schon weit gekommen. Wir haben immerhin Schäuble, Merkel, die EU-Kommission auf diesen Weg gezwungen. Mittlerweile können sie „Finanzmarkttransaktionssteuer“ auch schon fehlerfrei aussprechen. Aber sprechen reicht eben nicht. Wir wollen Taten sehen statt Worte, und zwar bald.

Vierter Baustein: Wir müssen Regeln zur Finanzpolitik verbindlich festlegen. Das ist der erste notwendige Schritt, um die Konstruktionsfehler der alten Währungsunion zu beheben. Das heißt: verbindliche Verschuldungsobergrenzen, Sanktionen - das muss sein -, vertraglich abgesichert, nie ohne parlamentarische Kontrolle - fügen wir hinzu - und, wo nötig, auch mit Übertragung von Hoheitsrechten.

Aber das wird nicht reichen. Auch gemeinsame europäische Anleihen, von denen ich sicher bin, dass sie kommen werden, sind nur ein Instrument, aber keine Lösung. Eine echte Finanz-, Währungs- und Wirtschaftsunion, die wir brauchen, geht weit darüber hinaus. Die umfasst auch den Kampf gegen Steuerdumping, für gemeinsame Bemessungsgrundlagen, etwa bei Unternehmenssteuern, und auch für eine Regulierung der Finanzmärkte, die diesen Namen wirklich verdient. Die brauchen wir.

Ist euch eigentlich mal aufgefallen, dass wir alle - mittlerweile auch wir selbst - nur noch von der europäischen Verschuldungskrise reden, aber nicht mehr davon, dass diese Krise ihren Ausgang in der Finanzmarktkrise genommen hat? - Schwarz-Gelb will davon nichts wissen. Ich habe Peer Steinbrück gebeten, bis zum nächsten Jahr gemeinsam mit den Kollegen in meiner Fraktion einen Katalog zu erarbeiten, wie wir wieder Ordnung in die Finanzmärkte zurückbringen. Wenn wir uns der Sache nicht annehmen, dann tut es keiner! Deshalb ist das unsere Pflicht.

Jetzt zum Herzstück, das wir aus meiner Sicht dringend brauchen, denn sonst wird alles nicht funktionieren. Ich habe die Voraussetzungen genannt, um überhaupt den Kopf über Wasser zu halten. Aber ich sage euch: Wir haben von vornherein keine Chance, wenn wir nicht einen vernünftigen, intelligenten Umgang mit den Altschulden finden. Belassen wir es bei dem derzeitigen Stand, dann strangulieren sich die Staaten in den Notlagsituationen selbst. Das Fallbeispiel Griechenland gebe ich nur zu bedenken. Ihr seht genau, wohin das führt: Die haben Haushaltsdisziplin, die sparen inzwischen konsequent, aber der Schuldenstand erhöht sich laufend. Wenn aber die Schulden erdrosseln, dann kann es doch daraus nur einen einzigen Schluss geben, dann werden wir doch nur erfolgreich sein, wenn die Schulden runterkommen. Und wie kommen sie runter? Vielleicht durch Schuldenschnitt. Aber auch da haben wir

inzwischen unsere Erfahrungen gemacht. Das kann man nicht häufig genug wiederholen - die Folgen sind bekannt.

Ich habe mich bei der Vorbereitung unseres Antrags und auf meine heutige Rede gefragt: Warum nutzen wir eigentlich nicht etwas von unseren eigenen Erfahrungen? Vielleicht ist ja die Lage nicht in jeder Hinsicht vergleichbar, aber wir hatten ganz ähnliche Problemlagen bei der Wiedervereinigung. Wir haben damals einen Erblastentilgungsfonds eingerichtet, um mit mancher finanzieller Last der Vergangenheit umzugehen. Das ist ein Anknüpfungspunkt. Ich habe gesehen, die Wirtschaftsweisen haben für die europäischen Altschulden im Prinzip einen ähnlichen und, wie ich finde, sehr klugen Vorschlag gemacht haben. Sie nennen das europäischen Schuldentilgungsfonds.

Ich bin fest davon überzeugt: Alles wird nicht funktionieren, wenn wir nicht den Mut und die Kraft haben, uns einem solchen Instrument zu öffnen. Nur das wird den Stillstand oder gar den Rückschritt in der Europäischen Währungsunion auflösen.

Dieser Vorschlag der Wirtschaftsweisen ist so etwas wie die bewusste Abkehr von der bisherigen Praxis, Schulden nur durch immer höhere Schulden abzusichern. Und die Idee besteht eben darin, aufgelaufene Schulden der Euroländer aus der Vergangenheit, soweit sie oberhalb von 60 Prozent des BIP liegen, in einen gemeinsamen Tilgungsfonds mit gemeinschaftlicher Haftung hineinzulegen. Dann wird für jedes Land ein Konsolidierungspfad festgelegt. Und dann wird für jedes Land festgelegt, wie diese Schulden innerhalb von 20 bis 25 Jahren zurückgezahlt werden. Der Pfiff ist eben – und deshalb empfehle ich, dass dieses Modell ein sozialdemokratisches Modell wird -: Durch die gemeinschaftliche Haftung in der Tilgungsphase entsteht den hoch verschuldeten Ländern ein Zinsvorteil, mit dem sie gleichzeitig einen Teil der Altschuld tilgen können. Deshalb ist das ein guter Vorschlag. Deshalb empfehle ich euch, dieser Resolution zuzustimmen, liebe Genossinnen und Genossen.

Das war das Herzstück.

Jetzt komme ich zur Ziffer 6 und sage: Wir brauchen auch die Möglichkeit, dass in Zukunft in Europa eine Kerngruppe bei der gemeinsamen Harmonisierung der Steuer- und Fiskalpolitik vorangeht. Der Kern - das ist wichtig zu wissen – schließt niemanden aus, aber wir brauchen so etwas wie ein Gravitationszentrum in Europa. Das hören nicht alle gerne, ich weiß das. Aber ich sage mit aller Klarheit: Europa wird scheitern, wenn wir zulassen, dass der Langsamste das Tempo bestimmt. Das geht eben nicht! Wir wollen alle mitnehmen, aber wir brauchen einen Gravitationspunkt.

Natürlich gehören auch Staaten wie Polen dazu. Ich kann mir sogar vorstellen, dass das Weimarer Dreieck – Deutschland, Frankreich, Polen - da vorangeht.

Wir brauchen 7. – das ist der letzte Punkt, den ich erwähnen will - aus meiner Sicht so etwas wie eine Bekräftigung der Subsidiarität in Europa. Warum sage ich das? Weil ich erlebe – und ihr erlebt es auch in den Ortsvereinen, auf den Straßen -, was viele Menschen gegen Europa aufbringt – manchmal auch unsere eigenen Leute -, nämlich dass Steuerdumping auf der einen Seite ungestraft bleibt, dass Regulierung der Finanzmärkte nicht vorankommt, aber dass auf der anderen Seite bei Kleinigkeiten manchmal eine Regelungswut herrscht, die kafkaeske Züge hat. Mir geht es gar nicht um den Krümmungsgrad der Gurke, mir geht es auch nicht um das Schulfrühstück, um das sich die Europäische Union neuerdings auch kümmern will, sondern es geht um Dinge wie unsere kommunale Daseinsvorsorge, es geht um Sparkassen, es geht um Personennahverkehr.

Was wir vor Ort besser beurteilen können, machen wir selbst. Auch darin liegt ein Stück Rückeroberung politischer Handlungsfähigkeit.

Ich komme zum Schluss und sage: Wir hören oft, Politik sei die Getriebene der Märkte. Als ich den Satz aufschrieb, dachte ich mir: Ist das nicht eigentlich inzwischen sogar viel dramatischer? – Die Märkte treiben doch in Wahrheit die Politik nicht mehr nur vor sich her. Sie verachten sie, weil die Politik ihnen entweder zu emotional oder zu langsam oder zu schmutzig oder zu kompliziert ist. Weniger Demokratie ist besser für die Märkte – das ist ein Satz, den hört man inzwischen nicht nur in den Vorstandsetagen von Hedgefonds. Da werden neuerdings die kürzeren Entscheidungswege und Umsetzungszeiten in China präsentiert. Auch ein solches Gerede wird doch aber auch in der Politik immer salonfähiger. Die Welt titelte vor Kurzem: „Kann Demokratie mit Geld umgehen?“

Ich sage euch: Ich bin nicht hysterisch. Aber Antiparlamentarismus, Verachtung der Demokratie hat nicht nur in Deutschland eine ganz unselige Vergangenheit. Deshalb lasst uns den Anfängen wehren und sensibel bleiben.

Was ist das eigentlich für ein Europa, in dem Merkel und Sarkozy Papandreou wie einen Schuljungen nach Cannes zitieren, abfertigen, demütigen, nur weil er es gewagt hat – das muss uns in Erinnerung bleiben -, sein Volk befragen zu wollen?

Liebe Freunde, ich sage euch: Georgios Papandreou hat in den letzten Monaten mehr Mut bewiesen als die meisten anderen Regierungschefs in ihrer Regierungszeit. Der hat seine Karriere geopfert.

Ich frage: Was ist das für ein Europa, in dem es einen Frankfurter Kreis gibt, einen von niemandem kontrolliertes Direktorium, das im Schatten irgendwo der Banktürme in Frankfurt entstanden ist, das im Rest Europas wichtige Entscheidungen diktiert? Der französische Staatspräsident darf dabei sein, Junker allenfalls am Katzentisch. Ansonsten sind Kanzlerin und Kapital nur noch unter sich.

Was ist das eigentlich für ein Europa, in dem eine Technokratenregierung plötzlich als Gipfel der Staatskunst bejubelt wird? Was heißt das eigentlich, wenn der italienische Industrieverband den Regierungswechsel im eigenen Land erleichtert begrüßt? Warum? Weil er ohne Wahl zustande gekommen ist. Ich sage euch, ich bin genauso heilfroh wie die Italiener, dass Berlusconi endlich Geschichte ist.

Aber der Schluss daraus kann doch nicht sein, dass überall in Europa, wo es jetzt ein bisschen schwierig wird, alle Regierungen ehemalige Banker von Goldman Sachs übernehmen, die den Mist auch noch mit eingebrockt haben. Das kann doch nicht der Fall sein!

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir heute sagen, wir brauchen mehr Europa, dann müssen wir auch sagen: Unser Europa braucht mehr Demokratie. Unser Europa ist kein Europa der Geheimabsprachen und Notverordnungen. Wir wollen nicht zurück ins 19. Jahrhundert - da kommen wir her -, sondern wir wollen am Europa für das 21. Jahrhundert bauen.

Liebe Genossinnen und Genossen, das hier ist die Zeit für ein klares Bekenntnis. In diesen Wochen entscheidet sich, welchen Weg Europa geht, entweder zurück zu Klein- und zu Großstaaterei oder nach vorn zu einer wirklich friedlichen Ordnung von Kooperation und Solidarität. Entweder ein besseres Europa - das steht zur Alternative - oder das Ende Europas, wie wir es kennen.

Auch in diesen Tagen geht es für uns als Opposition um mehr. Es geht um mehr als Merkel und Schwarz-Gelb. Es geht auch um mehr als machttaktische Winkelzüge. Es geht nicht um mehr, aber auch nicht um weniger als die Wiedergewinnung von Politik als Ort, wo Regeln gesetzt werden. Das müssen wir zurückerobern. Das ist eine anspruchsvolle Aufgabe.

Das ist eine große Aufgabe. Die ist so groß, dass wir sie einfach anderen nicht überlassen können. Wir haben keine Angst vor dieser Aufgabe, obwohl die Zeiten schwierig sind. Sie sind schwierig. Aber diese SPD hat in ihren 150 Jahren immer gestanden, wenn es darauf ankam. Wir haben Verantwortung gerade dann übernommen, wenn sich andere vom Acker gemacht haben. Ich darf doch wohl noch einmal daran erinnern: Es war eine sozialdemokratische Regierung, die dieses Land erst vor wenigen Jahren auf neuen Kurs gebracht hat, die die Hausaufgaben gemacht hat, die die anderen Europäer jetzt vor sich haben. Es waren wir, die gesät und gepflanzt haben, was andere in diesen Tagen abernten. Wenn einer nichts dafür getan hat, dass es uns besser geht als der europäischen Nachbarschaft, dann diese Koalition, dann diese Regierungsparteien von CDU, CSU und FDP. Die nicht. Ich bin stolz auf meine SPD.

Ich bin stolz darauf, dass wir zwei Jahre nach 2009 wieder da stehen, wo wir sind: Selbstbewusst und nach vorn gerichtet. Wir richten uns nicht ein auf Opposition. Wir betreiben nicht Wolkenschieberei. Wir bereiten uns vor auf Verantwortung, denn wir leben in einer Zeit der Entscheidungen, und wir wollen diese Zeit gestalten, nicht aus der Opposition, sondern aus der Regierung. Aber dafür muss ein Sozialdemokrat ins Kanzleramt. Daran wollen wir die nächsten zwei Jahre arbeiten, und das gemeinsam.

Herzlichen Dank.

© SPD 2011

URL: http://www.spd.de/aktuelles/Pressemitteilungen/21572/20111204_rede_steinmeier.html